

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung  
und Forschung WBF  
Staatssekretariat für Wirtschaft - SECO  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

Bern, 17. Januar 2017 / AG  
VL WTO-Beschluss zum  
Ausfuhrwettbewerb

*Elektronischer Versand: info.afwa@seco.admin.ch*

## Umsetzung des WTO-Beschlusses zum Ausfuhrwettbewerb Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen nimmt die vorliegende Änderung des Bundesgesetzes über die Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen aus Landwirtschaftsprodukten an. Damit wird der WTO-Beschluss zum Ausfuhrwettbewerb umgesetzt und das geltende System des „Schoggigesetzes“ durch ein WTO-konformes Modell ersetzt. Die Einhaltung zwingender internationaler Standards begrüsst die FDP.

Die FDP setzt sich für eine schrittweise Liberalisierung der Schweizer Landwirtschaft ein. Doch solange die Mehrheiten im Parlament für diese Öffnung nicht bestehen, bleibt der Preis für Schweizer Rohstoffe aus der Landwirtschaft spürbar höher als in den meisten ausländischen Staaten. Die produzierende Industrie in der Schweiz, welche auf diese Rohstoffe angewiesen ist, hat damit einen starken Wettbewerbsnachteil gegenüber ihrer ausländischen Konkurrenz. Da gemäss WTO die momentan gezahlten Ausgleichsmassnahmen zugunsten der exportierenden Nahrungsmittelindustrie nicht mehr akzeptiert sind, stimmen wir zu, dass die Preise für die Rohstoffe durch produktgebundene Stützungsmaßnahmen gesenkt werden und der aktive Veredelungsverkehr vereinfacht wird.

Allerdings kritisieren wir, dass beim Modell der produktgebundenen Stützungsmaßnahmen nicht sichergestellt wird, dass es zu einer Preissenkung für die exportierende Nahrungsmittelindustrie kommt. Es besteht das grosse Risiko, dass von Seiten der öffentlichen Hand die gleichen finanziellen Mittel investiert werden müssen wie die letzten Jahre, diese aber im Topf der Agrarsubventionen verschwinden, ohne dass die Preise für die Rohstoffe merklich sinken. Die Zweckentfremdung der Mittel sollte daher - wo immer WTO-konform möglich - verhindert werden.

Es ist zudem richtig, dass der Industrie angesichts dieser Rechts- und Planungsunsicherheit eine Vereinfachung des aktiven Veredelungsprozesses ermöglicht wird. Wir geben zu bedenken, dass die produzierende Nahrungsmittelindustrie durch die neue Swissness-Vorlage ein enges Korsett erhalten hat, welches sie zwingt, zur Erfüllung der Swissness-Vorgaben eine bestimmte Menge an Schweizer Rohstoffen zu verarbeiten. Eine Vereinfachung des aktiven Veredelungsprozesses ermöglicht es aber, Druck für die angedachte Preissenkung zu erwirken; zudem erhält die Industrie im Falle eines Mangels an Rohstoffen zu

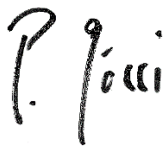
wettbewerbsfähigen Priesen die Möglichkeit, durch den Import von Rohstoffen Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Schweiz zu halten.

Sollte sich der Schweizer Agrarrohstoffmarkt bezüglich Preisniveau und vorhandener Menge nicht gemäss Erwartungen entwickeln und der produzierenden Nahrungsmittelindustrie nicht genügend Rohstoffe zu kompetitiven Preisen zur Verfügung stehen, müsste eine Lockerung der Swissness-Bedingungen geprüft werden. Damit einhergehend muss dann aber auch wieder eine Senkung bzw. Streichung der produktgebundenen Stützungsmaßnahmen in Betracht gezogen werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen  
Die Präsidentin

Handwritten signature of Petra Gossi in black ink.

Petra Gossi  
Nationalrätin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink.

Samuel Lanz